

Japan wieder unter Shinzo Abe – Neuanfang oder eher alter Wein aus neuen Schläuchen?

Axel Berkofsky*



März 2015 Asia Policy Brief 2015 | 01

Japan steht unter Premierminister Shinzo Abe am Scheideweg. Die Euphorie für „Abenomics“ ist verfliegen. Zwar zeigt sich Abe nach wie vor zuversichtlich, Japan auf den Pfad eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums führen zu können. Doch ob er die dafür dringend notwendigen Wirtschaftsreformen auch umsetzen kann, bleibt abzuwarten. Abes nationalistische und revisionistische Neigungen und Ansichten lassen Zweifel daran aufkommen. Denn kurzfristig scheint sich der Regierungschef eher auf den Ausbau des sicherheits- und verteidigungspolitischen Profils sowie auf die Eliminierung des in der Verfassung verankerten Pazifismus konzentrieren zu wollen.

Die übliche Machtpolitik der Liberaldemokratischen Partei (LDP)

Der amerikanische Japan-Wissenschaftler Brad Glosserman analysierte die Lage in Japan im Dezember 2014 wie folgt: „Die Schwierigkeiten der Regierung sind das Ergebnis einer gescheiterten Politik, sich konkret mit Problemen auseinanderzusetzen. Stattdessen rief der Premierminister Neuwahlen aus, um da weiterzumachen, wo er bis zu den Wahlen aufgehört hatte.“ Die eher zynische Erklärung des Premierministers dafür, warum er Neuwahlen ausgerufen habe, ist vielleicht noch treffender: „Der Trick, möglichst lange im Amt zu bleiben, ist in regelmäßigen Abständen Wahlen abzuhalten. Aller-

dings muss man diese Wahlen gewinnen“, verkündete Shinzo Abe im Vorfeld der Wahlen am 14. Dezember. Japan braucht jedoch keine „Tricks“, sondern vielmehr die Wirtschafts- und Strukturreformen, die Abe schon vor zwei Jahren versprochen hat. Das Ausrufen vorgezogener Neuwahlen anstelle der Nutzung von Mehrheiten, die die LDP bereits in beiden Kammern des japanischen Parlaments hatte, um die 2012 versprochenen Reformen einzuleiten, ist ein Ausdruck politischer Ratlosigkeit im besten und Inkompetenz im schlechtesten Falle.

Das erste, worüber Abe nach seinem Wahlsieg sprach, war der – wie er es ausdrückte – „in Ehren gehaltene, Jahrzehnte alte Wunsch“ der LDP, die den Japanern von

* Axel Berkofsky ist Professor an der Universität Pavia und Senior Associate Research Fellow am Istituto per gli Studi di Politica Internazionale (ISPI) in Mailand.



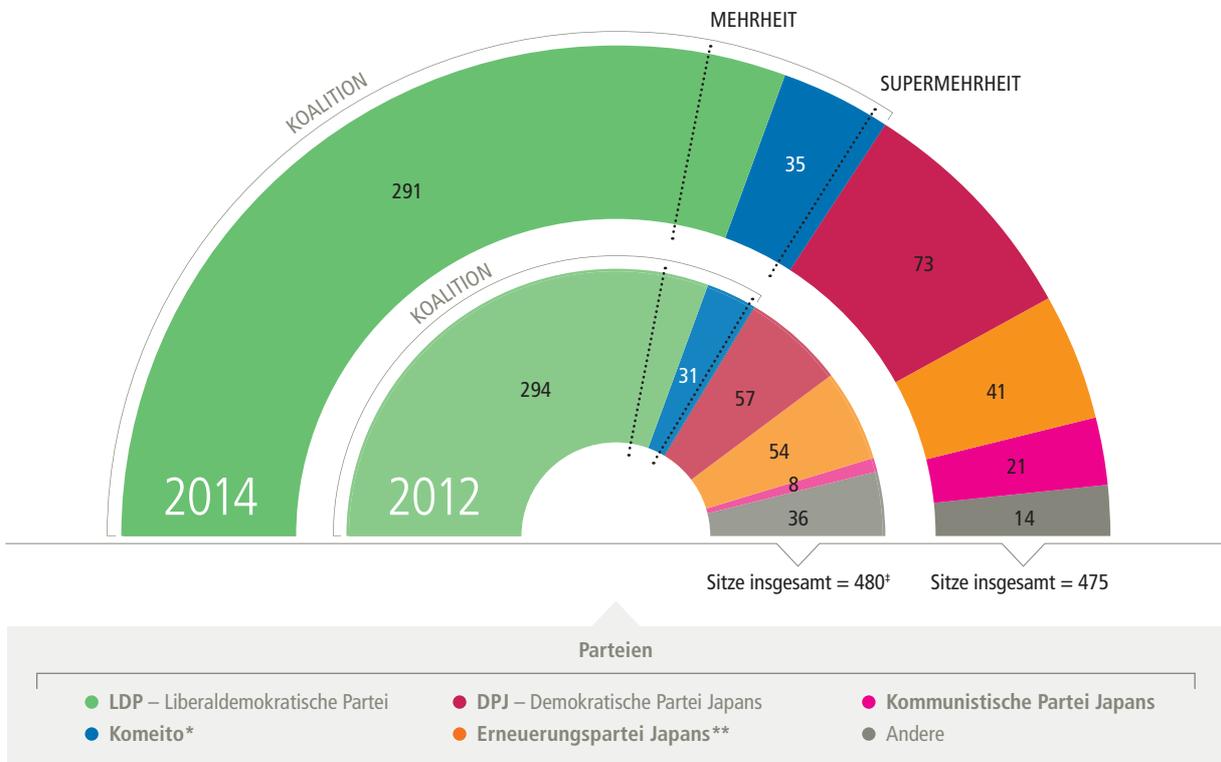
den USA „aufgezwungene“ Verfassung zu revidieren. Doch die Revision der Verfassung, die die US-Besatzung 1946 aufgesetzt hatte, ist wohl das letzte, was Japan gegenwärtig braucht. Offiziell erklärtes Ziel der 1955 gegründeten LDP ist eine Revision der Verfassung, um, wie es Japans Revisionisten und Nationalisten fordern, wieder ein „wirklich unabhängiges“ Land aus Japan zu machen. Dieses Ziel streben Abe sowie gleichgesinnte Nationalisten und Revisionisten weiterhin an, nicht jedoch die große Mehrheit der Japaner. Allerdings ist Gen Nakatani, Japans neuer Verteidigungsminister, ein ehemaliger General der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte und Falke,

mit Shinzo Abe in Sachen Verfassungsrevision auf einer Linie. Artikel 9 (vgl. dazu Seite 6f.), erklärt Nakatani, sei „realitätsfremd“ und habe nichts mehr mit der Realität japanischer Sicherheitspolitik zu tun. Vermutlich werden sich Abes Verfassungsrevisionspläne als unrealistisch erweisen, wie weiter unten ausgeführt wird.

Ein Erdrutschsieg?

Nur auf den ersten Blick scheint das Ergebnis der Dezemberwahl ein Erdrutschsieg Abes über die Demokratische Partei Japans (DPJ) zu sein. Denn seine Partei, die LDP, gewann zusammen mit ihrem Koalitionspartner Komeito,

Abbildung 1: Ergebnisse der Unterhauswahlen 2014 und 2012



* Neue Komeito ** Japans Restaurationspartei in 2012

† Der Unterschied in der Gesamtzahl der Sitze in 2012 und 2014 resultiert aus Änderungen der Wahlkreise.

Einige Sitze wurden den Parteien während der Legislaturperiode zudem neu zugeteilt.

Quelle: NHK, Nippon Hoso Kyokai (Japanische Fernsehgesellschaft)



ursprünglich eine pazifistische Partei mit ideologischen und finanziellen Wurzeln bei der buddhistischen Sekte Soka Gakkai, 326 Sitze im Unterhaus. Damit konnte die Regierungskoalition ihre Mehrheit im Unterhaus um einen Sitz erhöhen. 326 Sitze im Unterhaus (Gesamtanzahl der Sitze 475) sind neun Sitze mehr als für eine 317 Sitze starke sogenannte „Supermehrheit“ notwendig sind (siehe Abbildung 1). Diese Mehrheit versetzt die LDP-geführte Koalition in die Lage, alle Unterhaus-Ausschussvorsitzenden zu ernennen und in allen Gesetzgebungsausschüssen eine Mehrheit zu stellen. Außerdem verfügt eine solche Mehrheit in der Regierungskoalition über die Möglichkeit, ein Gesetzesveto im Oberhaus (zweite Kammer des Parlaments) des japanischen Parlaments zu überstimmen.

Die Demokratische Partei Japans (DPJ) konnte lediglich 73 Sitze gewinnen. Ein genauerer Blick auf die Ergebnisse und auf die von der *Tokyo Shimbun* veröffentlichten Wahldaten zeigen, dass die LDP 75 Prozent ihrer Sitze in Wahlkreisen mit nur einem Kandidaten mit nur 48 Prozent der Stimmen gewann. Das bedeutet, dass die LDP eine größere Zahl von Sitzen mit einer kontinuierlich sinkenden Anzahl von Stimmen errang: Sie gewann 223 Wahlkreise mit 1,8 Millionen weniger Stimmen als 2009, als die DPJ siegte.

Auch wenn die Koalition aus LDP und Komeito einen Sitz mehr erreichen konnte, verlor die LDP vier Sitze und stellt jetzt 291 Abgeordnete im Unterhaus (2012 noch 295 Abgeordnete).¹ Japans Kommunistische Partei (JCP), die mit einer europäischen Protestpartei zu vergleichen ist, erhöhte die Zahl ihrer Sitze von 8 auf 21. Auch wenn die JCP künftig kaum Einfluss auf die Tagespolitik haben wird, ist die höhere Anzahl der Sitze nichtsdestotrotz als Ausdruck des Wählerprotests gegen die LDP-Politik zu verstehen. Hinzu kommt eine Wahlbeteiligung von lediglich 53,3 Prozent. 2012, beim Erdrutschsieg der LDP über die DPJ, hatten noch 60 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben.

Während die gut organisierte Wahlkampfmaschine der LDP besonders in den ländlichen Regionen Japans von der niedrigen Wahlbeteiligung profitieren konnte, ist

das Wahlergebnis auch, wie Mari Miura, Professorin für Politikwissenschaften an der Sophia University in Tokio schlussfolgert, ein Resultat der Apathie und Desillusionierung der japanischen Wählerschaft gegenüber der Politik. Dies sei die gleiche Form der Apathie, auf die die LDP von 1955 bis 1993 zählen konnte, als sie das Land ohne Unterbrechung regierte. „Das Fehlen einer glaubwürdigen Alternative zur LDP ließ die Wählerschaft den Wunsch nach politischer Mitwirkung verlieren“, meint Miura.

Die DPJ, Japans größte Oppositionspartei, befand sich bei den Wahlen im Dezember 2014 in einem Status völliger Auflösung, auch wenn sie elf zusätzliche Sitze im Unterhaus gewinnen konnte. Die DPJ erhöhte die Zahl ihrer Sitze von 62 auf 73, war jedoch, verglichen mit 2009, als sie die LDP bei den Unterhauswahlen besiegte, nur noch ein Schatten ihrer selbst.² Die Tatsache, dass die DPJ nur 60 Prozent der Kandidaten für die 295 verfügbaren Sitze aufzustellen in der Lage war, könnte die gegenwärtige Schwäche nicht deutlicher zeigen.

Sowohl Japans politische Opposition im Allgemeinen als auch die DPJ im Besonderen waren zu schwach, um von den Folgen der Wirtschaftspolitik Shinzo Abes zu profitieren, die in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen ein negatives Wirtschaftswachstum auswies. Das zeigt: In Japan fehlt eine nennenswerte politische Opposition wie in den Jahren von 1955 bis 1993, Zeiten, in denen das Land als ‚Ein-Partei-Demokratie‘ von der LDP ohne Unterbrechung regiert wurde. Gerald Curtis, Japan-Experte an der New Yorker Columbia-Universität nennt es „2014-System“: ein System mit einem mächtigen Premierminister und Stab des Ministerpräsidenten auf der einen und einer schwachen Partei und den traditionell sehr einflussreichen Parteifraktionen auf der anderen Seite, die in der Vergangenheit rotierend den Premierminister nominieren (und kontrollierten).

Endlich Reformen?

Eine Rückkehr zu einem nicht nur zeitweiligen, sondern nachhaltigen Wirtschaftswachstum, unterstützt von mas-

¹ Abbildung 1 zeigt die LDP mit 294 und nicht 295 Sitzen, weil der Sprecher des Unterhauses, der Liberal-Demokrat Bunmei Ibuki, aufgrund seiner unparteiischen Position nicht als normaler Parlamentarier gezählt wird.

² Abbildung 1 zeigt die DPJ mit 57 Sitzen. Von 2012 bis 2014 bekam die DPJ aufgrund einer Umverteilung der Sitze im Parlament fünf zusätzliche Sitze zugesprochen. Die Zahl ihrer Sitze im Unterhaus erhöhte sich von 57 auf 62.



siven Anleihekäufen der japanischen Zentralbank, sollte nun endlich Teil Tokios politischer Agenda werden. Das ist zugegebenermaßen leichter gesagt als getan, nicht zuletzt, weil sich Japan Ende 2014 erneut in einer Rezession befand. Im Oktober 2014 veröffentlichte Wirtschaftsdaten zeigen, dass Japans Bruttoinlandprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2014 auf das Gesamtjahr umgerechnet um 7,1 Prozent geschrumpft ist. Daten vom 17. November zeigen nur eine geringfügige Erholung und weisen nach, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer im April 2014 zu einem starken Rückgang sowohl der Verbraucherausgaben als auch der Inflation geführt hat. Japans Kerninflation fiel im September vergangenen Jahres unter ein Prozent. Auch wenn das Aufschieben der Erhöhung der Verbrauchersteuer einem weiteren Sinken des Inlandsverbrauchs entgegenwirken könnte, hat diese Maßnahme auch eine Kehrseite. Die Erhöhung war darauf angelegt, die enorme öffentliche Verschuldung in Höhe von fast 250 Prozent des japanischen Bruttoinlandprodukts zu reduzieren (vgl. Abbildung 2).

Die von der Regierung anvisierten Reformen umfassen unter anderem das Ausstellen von Visa für ausländische Bauarbeiter und medizinisches Pflegepersonal sowie den Ausbau der Kinderbetreuungsstrukturen des Landes, um es Frauen zu erleichtern, nach der Geburt ihrer Kinder wieder in den Arbeitsmarkt einzutreten. Verglichen mit Europa und den USA geben sehr viele japanische Frauen eine Vollzeitbeschäftigung nach der Geburt des ersten Kindes auf. Noch weniger kehren zu einer Vollzeitbeschäftigung zurück, wenn ihr Kind das Schulalter erreicht. Jüngste Untersuchungen zeigen, dass Japan sein Bruttoinlandprodukt um 15 Prozent steigern könnte, wenn das Land eine Quote der Vollzeitbeschäftigung von Frauen wie etwa in Italien erreichen könnte, wo diese fast 50 Prozent beträgt. Um die Vollzeitbeschäftigung von Frauen zu erhöhen, hat Shinzo Abe eine Reihe von Reformen angekündigt – die so genannten „Womenomics“. Diese Reformen umfassen die Einrichtung von Kinderbetreuungscentren für 300.000 Kinder bis zum Jahr 2020, die Verpflichtung für börsennotierte Firmen, bis März 2015 die Anzahl der beschäftigten Frauen offenzulegen, sowie eine Reform des Steuer- und

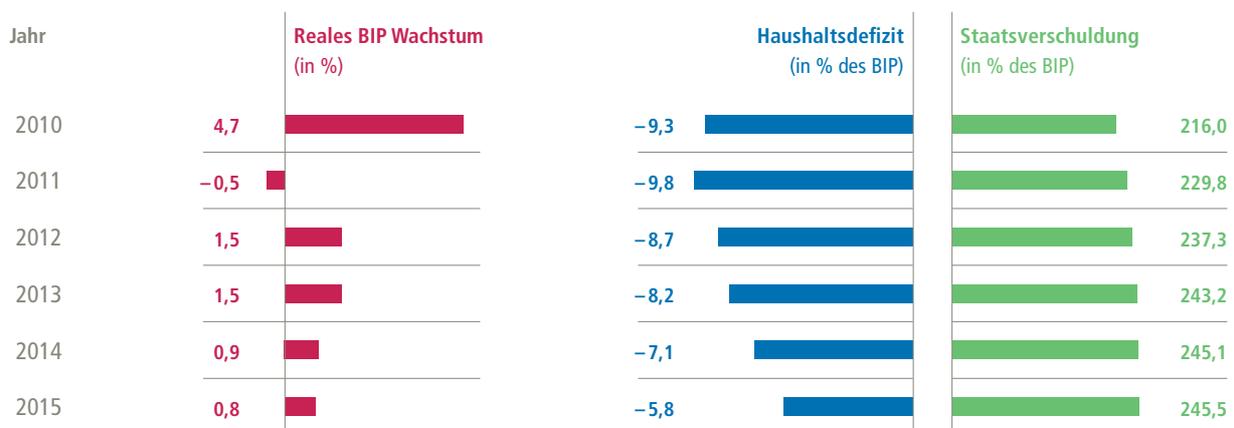
Sozialversicherungssystems, die einen Wiedereintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt begünstigen soll, sobald ihre Kinder das Schulalter erreichen. Außerdem forderte Abe, dass bis zum Ende dieses Jahrzehnts 30 Prozent der japanischen Manager Frauen sein sollen. Die Regierung hat des Weiteren Pläne angekündigt, das gegenwärtige Ehegatten-Steuerabschreibungssystem zu ändern; es bietet Steuervergünstigungen, wenn das Einkommen des Ehepartners mit dem niedrigeren Einkommen nicht eine Million Yen pro Jahr übersteigt. Das gegenwärtige System hält Frauen eher davon ab, eine Vollzeitbeschäftigung anzustreben. Die angekündigte Reform soll fortan Steuervorteile für den Ehepartner mit dem höheren Einkommen anbieten. Weil derzeit rund 14 Millionen Japaner vom gegenwärtigen System abgedeckt sind, könnten die angestrebten Reformen einen bedeutenden Schub für den Arbeitsmarkt des Landes bedeuten.

Und dann sind da noch Japans Ambitionen, der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) beizutreten, einem regionalen Freihandelsabkommen, das Japan, die USA, Australien und neun andere Länder umfassen soll. Auch wenn – wie der Premierminister sagte – Japans Beitritt zur TPP „unmittelbar bevorsteht“, zog er es vor, dieses Abkommen während der kurzen Wahlkampfphase gegenüber den Landwirten nicht zu erwähnen. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass eine überwiegende Mehrheit der Landwirte diesem Abkommen, das Handelsliberalisierungen zum Ziel hat, ablehnend gegenüber steht. Gleichwohl ist Japans Beitritt zum TPP in diesem Jahr ein zentraler Teil der offiziellen wirtschaftspolitischen Agenda Abes. Japans Landwirte sind zweifellos nicht daran interessiert, ihre Privilegien aufzugeben und die Einfuhrzölle auf Reis (beachtliche 600 Prozent auf importierten Reis) und andere landwirtschaftliche Produkte reduziert zu sehen.

Fürs erste macht die LDP erst einmal das, was sie am besten kann: Sie pumpt massiv Liquidität und billiges Geld in die Wirtschaft, in der Hoffnung, dass diese Maßnahme zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum führt. Am 27. Dezember 2014 verabschiedete die Regierung ein 3,5 Billionen Yen (29 Milliarden US-Dollar) starkes Konjunkturprogramm, das die Regionen des Landes mit Subven-



Abbildung 2: Makroökonomische Indikatoren 2010 – 2015



Quelle: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, October 2014

tionen und Japans Haushalte mit Warengutscheinen unterstützen soll. Während dieses Paket nach Angaben der Regierung Japans Bruttoinlandprodukt um 0,7 Prozent wachsen lassen wird, wird Tokio in Anbetracht der sehr angespannten Haushaltslage darauf verzichten müssen, neue Schulden zu machen. Stattdessen muss das Paket mit Geldern aus nicht ausgegebenen Etats und Steuereinnahmen finanziert werden.

Um die Wirtschaft auf regionaler Ebene wiederzubeleben, werden aus dem Paket 1.8 Billionen Yen für kleine und mittelständische Unternehmen zur Verfügung gestellt. Zudem werden einkommensschwache Haushalte unter anderem mit Gutscheinen für den Kauf von Benzin unterstützt. Abgesehen davon, dass die von der LDP geführte Regierung über die Jahre bzw. über Jahrzehnte zahllose Konjunkturprogramme verabschiedet hat, könnte Abe, gemessen an seiner Wirtschaftspolitik der vergangenen zwei Jahre, auch in Zukunft der Versuchung erliegen, sich in erster Linie auf Anleihekäufe der japanischen Zentralbank zu verlassen und nicht auf Reformen als Basis für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.

Japans Budget für das Haushaltsjahr 2015 setzt erneut auf alte und in der Vergangenheit wenig erfolgreiche Rezepte. Am 14. Januar verabschiedete Tokio einen Rekordetat von über 96,34 Billionen Yen (812 Milliarden US-Dollar) für das am 1. April startende Haushaltsjahr. Während die Regierung verspricht, dass sie auf Kurs ist, das Primärbudgetdefizit im anstehenden Haushaltsjahr zu halbieren (durch eine vor drei Jahren in die Wege geleitete Reduzierung der Neuverschuldung), könnte sich in Wahrheit Tokios Strategie, das Defizit zu reduzieren, als nicht nachhaltig herausstellen. Ökonomen geben zu bedenken, dass Japans Haushaltskonsolidierung zu sehr (sprich: ausschließlich) auf wirtschaftlichem Wachstum (und nicht auch auf Haushaltseinsparungen) basiert, mit dem Mehrausgaben finanziert werden sollen.

Japans Verteidigungshaushalt wird auf 4,98 Billionen Yen (rund 42,7 Milliarden US-Dollar) erhöht, rund 100 Milliarden Yen mehr als im vorhergehenden Haushaltsjahr. Der größte Haushaltsposten sind Sozialausgaben, die sich um eine Billion Yen auf 31,53 Billionen Yen erhöhen. Während Japans Börsen in den vergangenen zwei Jahren



in die Höhe schossen und die Immobilienmärkte in Tokio und anderen japanischen Großstädten sich sehr dynamisch entwickelten, konnten die Haushaltseinkommen nicht mit der Inflation und steigenden Preisen mithalten. Japans Normalverbraucher waren mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer und aufgrund des schwachen Yens mit höheren Energie- und Kraftstoffkosten konfrontiert. Als Resultat ist die Armutsrate auf dem höchsten Wert in der Geschichte des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg: Über zwei Millionen Japaner sind derzeit auf Sozialhilfe angewiesen.

Die guten Wirtschaftsnachrichten

Es gibt jedoch auch gute Nachrichten. Einige Wirtschaftsindikatoren könnten der Wirtschaftspolitik der Regierung in den kommenden Monaten Auftrieb verleihen. Der japanische Arbeitsmarkt ist zunehmend dynamisch und der Yen hat in den vergangenen beiden Jahren rund 45 Prozent gegenüber dem Dollar an Wert verloren, was die Wettbewerbsfähigkeit japanischer Exporte erhöht. Im Oktober 2014 hat Japans Zentralbank ihr Anleihekaufprogramm, das sich auf rund 15 Prozent des japanischen Bruttoinlandsprodukts beläuft, wieder aufgenommen: Staatsanleihen in Höhe von 700 Milliarden Dollar sollen helfen, die angestrebte Inflationsrate von zwei Prozent zu erreichen. Auch wenn das Anleihekaufprogramm der Zentralbank den Rückfall Japans in eine Deflation verhindert hat, wurde die angestrebte Inflationsrate von zwei Prozent bisher nicht erreicht – sie steht gegenwärtig bei 0,7 Prozent. Aufgrund der Bereitstellung massiver Liquidität und des schwachen Yens haben einige japanische Großkonzerne begonnen, ihre Produktion nach Japan zurückzuholen und im Inland in neue Produktionsstätten zu investieren. Furukawa Electric sowie die Unternehmensgruppen Toray and Daikin etwa bauen bereits neue Fabriken in Japan und der Autobauer Toyota könnte dieses Jahr folgen.

Aber die Japan Inc. hilft nicht mit

Ökonomen argumentieren, dass Tokio auch weiterhin Druck auf Unternehmen ausüben muss, die Löhne und

Gehälter zu erhöhen, so dass diese mit den steigenden Preisen Schritt halten können. Allerdings haben Japans Blue-Chip-Unternehmen genau das nicht vor – zumindest bislang nicht. Einer von Reuters am 15. Dezember 2014 veröffentlichten Umfrage zufolge planen japanische Firmen, ihre Überschüsse an ihre Aktionäre auszuschütten anstatt sie für höhere Löhne ihrer Mitarbeiter auszugeben. Japans Reallöhne sind in den letzten 18 Monaten gefallen und Abes Konjunkturprogramme können nur dann den Inlandsverbrauch steigern, wenn sie von höheren Löhnen begleitet werden. Die Reuters-Umfrage zeigt außerdem, dass nur eines von zehn Unternehmen plant, Gehälter zu erhöhen, während 70 Prozent der befragten Firmen angaben, ihre Geldreserven für Dividenden von Investoren und den Rückkauf von Aktien ausgeben zu wollen. Die meisten der befragten Unternehmen gaben außerdem an, Investitionen seien wichtiger und dringender als Gehaltserhöhungen. Der Lohnstopp japanischer Unternehmen wird allerdings zunehmend unvermeidbar, nicht zuletzt, weil Japans Unternehmen über Geldreserven in Höhe von 60 Prozent des japanischen Bruttoinlandsprodukts verfügen. Um Japans Unternehmen künftig Gehaltserhöhungen schmackhaft zu machen, bestätigte Abe im Januar sein Versprechen, die Körperschaftssteuer für Unternehmen weiter zu senken.

Wieder die falschen Prioritäten?

Anstatt sich auf wirtschaftliche Reformen zu konzentrieren, könnte Abe in den kommenden Monaten wieder der Versuchung erliegen, mehr seine persönlichen Interessen statt die des Landes zu verfolgen: den Ausbau des militärischen Profils und Bestrebungen, die pazifistische Verfassung zu revidieren. Ende 2014 kündigte er einen Gesetzesentwurf an, der es dem japanischen Militär erlaubt, Soldaten im Rahmen von UN-Militärmissionen zu entsenden. Ein solches Gesetz würde die bisherige Praxis der Entsendung japanischen Militärs auf der Grundlage eines auf eine spezifische Mission zugeschnittenen Ad-hoc-Gesetzes revidieren (außer im Falle der Entsendung von Truppen zu friedensichernden Missionen der Vereinten Nationen, für die Japan 1992 ein Gesetz verabschiedete).



Allerdings hat Abe im Rahmen einer Kabinettsentscheidung vom Juli 2014 bereits das Limit dessen getestet bzw. erreicht, was mit seinem Koalitionspartner Komeito in Sachen Truppenentsendung machbar ist. Seinerzeit vereinbarten die LDP und Komeito ein Gesetz zu verabschieden, das es dem japanischen Militär erlaubt, das Recht auf kollektive Selbstverteidigung des japanischen Territoriums im Falle eines Angriffs auszuüben. Bis jetzt verbietet Artikel 9 der Verfassung Japans streng genommen sogar, überhaupt Streitkräfte zu unterhalten und Soldaten anderer Länder im Rahmen gemeinsamer Militäroperationen zu verteidigen (in Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen verankertes Recht).

Das Maximum dessen, was die Komeito in Sachen kollektive Selbstverteidigung im Juli 2014 mittragen wollte, war die Autorisierung japanischer Soldaten, zusammen mit 50.000 in Japan stationierten amerikanischen Soldaten japanisches Territorium im Falle eines Angriffs von außen zu verteidigen. Das allerdings war deutlich weniger als das, was Abe ursprünglich wollte, nämlich Artikel 9 dahingehend zu interpretieren, den japanischen Streitkräften das Recht auf kollektive Selbstverteidigung im Rahmen internationaler, von den Vereinten Nationen autorisierter Friedenssicherungsmissionen und sogar Friedensdurchsetzungsmissionen zuzugestehen. Dafür müsste die Regierung rund 15 neue Gesetze verabschieden (die sogenannten „Basic Laws“). Während Abe dies weiterhin auch im Rahmen UN-friedensichernder und friedensdurchsetzender Missionen anstrebt, wird die Komeito darauf bestehen, dass japanische Soldaten dieses Recht nur im Falle der Verteidigung japanischen Territoriums mit in Japan stationierten US-Soldaten ausüben dürfen. Mit der Komeito als einzigem Koalitionspartner – eine Reihe rechter und ultrakonservativer Parteien schaffte als alternative Koalitionspartner den Einzug ins neue japanische Parlament nicht – wird Abe aller Voraussicht nach seinen Willen nicht durchsetzen bzw. in Sachen Neuinterpretation der Verfassung nicht über das hinausgehen können, was im Juli 2014 mit der Komeito vereinbart wurde.

Hinzu kommt, dass die Verabschiedung der Gesetze Monate oder sogar Jahre in Anspruch nehmen könnte und

die Neuinterpretation der Verfassung, wie manchmal in Peking oder auch in Seoul befürchtet, für ein Wiederaufleben des japanischen Militarismus stehen könnte. Eher ist aber das Gegenteil der Fall: Die Debatte um das Recht auf kollektive Selbstverteidigung hat gezeigt, dass Tokios Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch in Zukunft von Japans pazifistischer Verfassung definiert und begrenzt wird. Gleichwohl hat Abe die von ihm angestrebte Verfassungsrevision noch nicht aufgegeben und vorgeschlagen, eine überparteiliche Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die an einer weitergehenden Neuinterpretation und Revision der Verfassung arbeiten soll. Allerdings ist das der Vorschlag eines Premierministers, für den die Verfassungsrevision nahezu eine Obsession ist. Für Abes politische Freunde und Widersacher, ganz zu schweigen von der Wählerschaft des Landes, ist dies kein Thema auf Japans politischer Agenda, das als wichtig oder besonders dringend angesehen wird.

Das Investieren von Arbeitskraft und politischem Kapital, um etwas zu revidieren, was so gut wie unmöglich zu revidieren ist, ist eine offensichtliche Verschwendung von Zeit und Ressourcen. Die verfahrenstechnischen und politischen Hindernisse – eine Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern des japanischen Parlaments gefolgt von einem nationalen Referendum – bleiben unverändert, weil Abes bisherige Versuche, die für die Revision notwendigen Prozeduren zu erleichtern, gänzlich erfolglos waren.

Schlussfolgerungen

Die Entscheidung des japanischen Premierministers, vorgezogene Neuwahlen auszurufen und von einer unglaublich schwachen Opposition zu profitieren, hat sich politisch für ihn ausgezahlt, auch wenn der Wahlsieg weniger beeindruckend ist als das Wahlergebnis auf den ersten Blick erkennen lässt. Wenn der Premierminister jedoch sein Versprechen nicht endlich einlöst und die lange angekündigten Wirtschafts-, Struktur- und Steuerreformen einleitet, blieben die Reformen der kommenden Monate nur halbherzig. Abes jüngste Ankündigungen, seine Anstrengungen für die Neuinterpretati-



on und Revision der Verfassung zu erneuern sowie die Ankündigung weiterer Konjunkturprogramme deuten zumindest vorerst darauf hin, dass umfassende Wirtschafts- und Strukturreformen weiter auf sich warten lassen könnten.

Durch den Wahlsieg hat Abe zumindest theoretisch das Mandat bekommen, Japan bis zum Juni 2018 zu regieren. Auch wenn es so scheint, dass der Premierminister an der Spitze seiner Partei fest im Sattel sitzt, könnte er sich als derzeitiger LDP-Parteivorsitzender bei den Wahlen zum Parteivorsitz im September 2015 innerparteilicher Konkurrenz ausgesetzt sehen. Dies gilt insbesondere, wenn seine Wirtschaftspolitik, die sogenannten „Abenomics“ (akkommodierende Geldpolitik, Staatsausgaben und Deregulierung), Japan nicht dazu verhelfen, die gegenwärtige Rezession hinter sich zu lassen und wenn es keinen Durchbruch bei den japanisch-amerikanischen

Verhandlungen um Japans Beitritt zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP) gibt.

Der Premierminister muss in den kommenden Monaten zudem über die Wiederinbetriebnahme zweier Nuklearreaktoren entscheiden. Während zwei Reaktoren der Sendai Industrieanlage in Satsuma Sendai (in der Kagoshima-Präfektur) bereits ein grünes Licht von der Atomaufsichtsbehörde des Landes bekommen haben, könnten in den nächsten Monaten zwei weitere Reaktoren in der Fukui-Präfektur folgen. Die japanische Öffentlichkeit ist mehrheitlich gegen die Wiederinbetriebnahme der Nuklearreaktoren, jedoch würde es vor dem Hintergrund der aus taktischen Gründen vorgezogenen Neuwahlen vom Dezember 2014 nicht überraschen, wenn Abe wieder einen seiner „Tricks“ aus dem Ärmel zieht und die Wiederinbetriebnahme der Reaktoren nach den landesweiten Kommunalwahlen beschließt.

Weiterführende Literatur:

Glosserman, Brad. An Ugly Win for Mr. Abe. PacNet Number 89, Pacific Forum, December 16, 2014.

<http://csis.org/publication/pacnet-89-ugly-win-mr-abe>.

Curtis, Gerald. Is it Back to the Future for Japanese Politics? EastAsiaForum, December 24, 2014.

<http://www.eastasiaforum.org/2014/12/24/is-it-back-to-the-future-for-japanese-politics/>.

George Mulgan, Aurelia. The Japanese Election and the Farm Vote. The Diplomat, December 31, 2014.

<http://thediplomat.com/2014/12/the-japanese-election-and-the-farm-vote/>.

Harris, Tobias. When is a Blowout not a Blowout? Foreign Policy, Dezember 16, 2014.

<http://foreignpolicy.com/2014/12/16/when-is-a-blowout-not-a-blowout-japan-shinzo-abe-elections/>.

Fenson, Anthony. Japan's Womenomics Rebooted. The Diplomat, December 23, 2014.

<http://thediplomat.com/2014/12/japans-womenomics-rebooted/>.

Wenn Sie Rückfragen haben oder den „Asia Policy Brief“ abonnieren möchten, schreiben Sie bitte an asien@bertelsmann-stiftung.de.

Alle Ausgaben des „Asia Policy Brief“ finden Sie auf unserer Website www.bertelsmann-stiftung.de/asien unter „Kurzanalysen zu aktuellen Themen“.

ISSN 2195-0485

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Stephan Vopel
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Peter Walkenhorst
peter.walkenhorst@bertelsmann-stiftung.de